

Sozialreform oder Revolution.**Rosa Luxemburg und die programmatischen Debatten in der SPD vor 1914**

Rosa Luxemburg, die im Mai 1898 nach Berlin kam, um dort für immer zu bleiben, hat 20 Jahre lang für die deutsche und die internationale Sozialdemokratie gekämpft. Sie war die bedeutendste Frauengestalt nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Arbeiterbewegung und hat die programmatischen Debatten in der Zeit bis 1914 nachhaltig geprägt. Die SPD war damals nach ihrem Selbstverständnis eine marxistische Partei. Nachdem 1883 Karl Marx und 1895 auch Friedrich Engels gestorben war, fiel zunächst Karl Kautsky, der von 1885 bis 1890 in London gelebt und mit Engels intensiv zusammengearbeitet hatte, die Aufgabe zu, darüber zu wachen, dass die marxistische Theorie im Alltagsgetriebe der sozialdemokratischen Parteiarbeit nicht in Vergessenheit geriet. Kautsky, der weder in der Politik noch in der Partei je ein Amt übernahm, war als Hüter der reinen Lehre gleichwohl für die SPD von größter Bedeutung. 1883 gründete Kautsky die Zeitschrift *Die Neue Zeit*, die an die Tradition der von Marx und Engels herausgegebenen *Neuen Rheinischen Zeitung* anknüpfen sollte und einen Debatte- raum für Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus bot. Der wissenschaftliche Sozialismus war ein zentraler Begriff im Konstitutionsprozess der europäischen Arbeiterbewegung, während der heute allgemein gebräuchliche Begriff Marxismus ursprünglich eine pejorative Begriffsprägung war, die vor allem von den Anarchisten, Marx' Widersachern in Ersten Internationale, der IAA, gebraucht wurde.

Im März 1896 wandte sich Rosa Luxemburg, die damals noch in Zürich studierte, erstmals an Kautsky und bot ihm einen Aufsatz an, der gegen die von der PPS geforderte Wiedererrichtung des polnischen Nationalstaates polemisierte. Es war dies der Beginn einer langjährigen intensiven Zusammenarbeit. Als Luxemburg in Deutschland angekommen war, wurde rasch deutlich, dass sie sowohl rhetorisch als auch intellektuell Kautsky mindestens ebenbürtig war. In vielen Programmdebatten fochten die beiden von nun an Seite an Seite, sodass man sie, wie August Bebel es einmal formulierte, „für eine Art siamesische Zwillinge hielt“. Die erste Bewährungsprobe der Kampfgenossenschaft war der Revisionismusstreit. Er begann 1897 mit Bernsteins Artikelserie „Probleme des Sozialismus“ in der *Neuen Zeit*. Bernstein lehnte die marxistische Zusammenbruchstheorie ab, er zählte zu den Neukantianern innerhalb der SPD. In „Endziel und Bewegung“, dem Schlusskapitel der Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, die aus der Artikelserie hervorging, bezog er sich ausdrücklich auf Kant und auf den Neukantianer und Sozialisten Friedrich Albert Lange, der auch in der IAA aktiv gewesen war.

Als erster antwortete Alexander Parvus im Januar 1898 in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* auf Bernstein. Im September 1898 erschien dann in der *Leipziger Volkszeitung* der erste Teil einer Artikelserie von Rosa Luxemburg, die sie später unter dem Titel „Sozialreform oder Revolution“ auch separat veröffentlichte. Die Artikelserie war ihre erste große programmatische

Arbeit, seit sie die politische Arena in Deutschland betreten hatte. Sie sollte Luxemburg berühmt machen und die *Leipziger Volkszeitung* wurde fast über Nacht zu der sozialdemokratischen Zeitung, die in der europäischen Arbeiterbewegung das höchste Ansehen genoss.

Luxemburg signalisierte gleich mit ihrer ersten größeren theoretischen Arbeit deutlich, dass sie keineswegs gewillt war, die zunehmend Platz greifende Dichotomie zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis, wie sie in gewisser Weise in der Zweiteilung des Erfurter Programms schon angelegt war, hinzunehmen: „Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“ Selbst wenn infolge der sozialen Entwicklung die SPD eines Tages die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten stellen sollte, wovon sie selbst nach ihrem großen Wahlsieg 1912 noch weit entfernt war, so würde das doch am Klassencharakter des Staates nichts ändern. Die Folge wäre nicht die „stufenweise Sozialisierung der Gesellschaft“. Vielmehr seien die der Form nach demokratischen Einrichtungen, wie z. B. das Parlament, ihrem Gehalt nach „Werkzeuge der herrschenden Klasseninteressen“. Die Demokratie „erscheint nicht als ein unmittelbar sozialistisches Element, das die kapitalistische Gesellschaft allmählich durchtränkt, wie Bernstein annimmt, sondern umgekehrt als ein spezifisch kapitalistisches Mittel, die kapitalistischen Gegensätze zur Reife und zur Ausbildung zu bringen.“ Deshalb war die Revolution nach Luxemburgs Überzeugung ungeachtet aller denkbaren sozialen Fortschritte unausweichlich und es genügte nicht, durchdrungen von der darwinistisch geprägten Grundüberzeugung, dass der schlussendliche Sieg des Proletariats unausweichlich war, diesen Sieg einfach abzuwarten. Es galt, das Proletariat aktiv auf die Revolution vorzubereiten. Niederlagen waren dabei aus der Sicht Luxemburgs allemal besser als Nichtstun, ja, sie waren aus ihrer Sicht wertvolle Lernprozesse. Die unmittelbare Verbindung von Theorie und Praxis war aus ihrer Sicht essentiell.

Kurz nach dem Erscheinen des ersten Teils von Luxemburgs Artikelserie fand vom 3. bis 8. Oktober 1898 der SPD-Parteitag in Stuttgart statt, es war zugleich der erste, an dem sie teilnahm. Da Parvus aus Dresden ausgewiesen worden war, war sie inzwischen Chefredakteurin der *Sächsischen Arbeiterzeitung* und hatte umfassendes Rederecht. Eigentlich wäre es an Kautsky gewesen, Bernsteins Thesen entgegenzutreten, aber er tat sich schwer damit. Kautsky und Bernstein waren eng befreundet, sie hatten, bedingt durch die Sozialistengesetze, gemeinsame Jahre im Exil verbracht und danach zusammen das Erfurter Programm ausgearbeitet. Gegen Bernstein bestand noch immer ein Haftbefehl, sodass er weiterhin in London lebte und in Stuttgart gar nicht anwesend sein konnte. So fiel Luxemburg die Aufgabe zu, den Thesen Bernsteins, dessen schriftliche Stellungnahme von August Bebel verlesen wurde, mit der aus der Sicht des marxistischen Zentrums der Partei gebotenen Schärfe entgegenzutreten. Das fiel ihr nicht schwer. Natürlich musste sie sich als Neuling mit ungewöhnlicher Biografie einiges anhören. Die große Gegenrede zu Luxemburg hielt Georg von Vollmar, ein prominenter Vertreter der Reformisten, die in Reformen keine Kompromisse, sondern Schritte auf dem Weg zum Erfolg sahen: „Fräulein Luxemburg zeigt sich ausgerüstet mit dem äußeren Rüstzeug des Marxismus und erweckt dadurch den Anschein der Wissenschaftlichkeit.“

Luxemburg antwortete dem prominenten Genossen mit dem ihr eigenen Selbstbewusstsein:

Vollmar hat es mir zum bitteren Vorwurf gemacht, dass ich als junger Rekrut in der Bewegung die alten Veteranen belehren will. Das ist nicht der Fall. Es wäre überflüssig, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Veteranen auf demselben Boden stehen wie ich. Es kommt hier überhaupt nicht darauf an, irgendjemand zu belehren, sondern eine bestimmte Taktik zum klaren und unzweideutigen Ausdruck. Dass ich noch meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst holen muss, weiß ich; ich will es

aber auf dem linken Flügel tun, wo man mit dem Feinde kämpfen, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will.

Sie schloss mit einer prononcierten Antithese zu Bernstein: „Die Bewegung als solche ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck, ist mir nichts, das Endziel ist uns alles.“

Das marxistische Zentrum, das vor allem von Bebel und Kautsky repräsentiert wurde, und der linke Flügel der Partei waren sich einig in ihrer Ablehnung des Revisionismus und wussten dabei die übergroße Mehrheit des Parteitags hinter sich. August Bebel berichtete Bernstein, dass 99 Prozent der Delegierten seine Auffassungen ablehnten. Das mag überraschen angesichts der deutlichen Kritik, die Luxemburg in Stuttgart entgegengeschlagen war. Doch diese Kritik richtete sich mehr gegen ihr dezidiert kompromissloses Auftreten als gegen ihren Widerspruch zu Bernsteins revisionistischen Thesen. Hinter dieser Differenz im Auftreten verbarg sich allerdings auch eine Differenz in der Sache, die damals aber noch nicht offen zu Tage trat.

Luxemburg stellte in ihren „Nachbetrachtungen zum Parteitag“ in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* befriedigt fest, die Diskussion habe zu einem eindeutigen Ergebnis geführt. Beendet war sie dadurch aber keineswegs – im Gegenteil. Sie nahm im folgenden Jahr richtig Fahrt auf und kam erst 1903 in Dresden zu einem vorläufigen Abschluss, wobei die Pragmatiker, Praktizisten und Revisionisten zwar auf Parteitag nur wenige Stimmen für ihre Sicht der Dinge zu mobilisieren vermochten, was sie aber keineswegs daran hinderte, an den übrigen 360 Tagen des Jahres an ihren Positionen festzuhalten und auch so zu handeln. Die Revisionismusdebatte war, genau wie später die Massenstreikdebatte, nicht auf Deutschland beschränkt, sie hatte auch eine internationale Dimension und stand auf dem sechsten Kongress der Sozialistischen Internationale im August 1904 in Amsterdam im Zentrum der Debatten. Luxemburg hatte hier einen besseren Stand als in der SPD, weil sie in der Sozialistischen Internationale als Mitglied des Internationalen Büros eine wichtige Position innehatte.

Das zweite große Thema neben dem Revisionismusstreit war die Massenstreikdebatte, die die SPD, in Folge der Russischen Revolution von 1905, in diesem Jahr erstmals intensiv beschäftigte und von da an latent immer auf der Tagesordnung stand.

Als die von St. Petersburg ausgehenden Arbeitskämpfe immer größere Dimensionen annahmen, schrieb Luxemburg Anfang März 1905 in der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung*: „Der jüngste und immer noch andauernde Generalstreik in Russland ist seinem Umfang und seiner Dauer nach das gewaltigste Beispiel dieser Kampfweise, das je gesehen worden ist.“ Luxemburg war besonders fasziniert, weil es sich um eine spontane Aktion der russischen Arbeiterschaft handelte, denn in Russland gab es weder richtige Gewerkschaften noch eine starke Arbeiterpartei: „Der Massenausstand als große politische und soziale Klassenbewegung lässt sich ebenso wenig auf Kommando ‚machen‘ wie eine Revolution. Die Massenstreikbewegung war nach ihrer Überzeugung ein Moment der Revolution. Die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, „den Eintritt eines solchen Moments herauszufühlen“ und die Massen so gut wie möglich darauf vorzubereiten:

Nicht durch die systematische Propaganda des Generalstreiks als einer wundertätigen Spezies des proletarischen Klassenkampfes für sich und andererseits auch nicht durch den bloßen bienenartigen Ausbau der gewerkschaftlichen Zellen ins unendliche, sondern durch die Aufklärung und Aufrüttelung der Masse im Sinne der revolutionären Einsicht, dass sie in allen wichtigeren politischen und sozialen Lebensfragen und Entscheidungen nur auf sich selbst, auf die eigene direkte Aktion angewiesen ist, bereiten wir von selbst den Boden für jene Momente vor, wo die Arbeiterklasse um wirklicher

Lebensinteressen willen bereit sein wird, nicht bloß ‚alle Räder stillstehen‘ zu lassen, sondern nötigenfalls auch ihr Blut im Straßenkampfe zu verspritzen.

Das russische Beispiel diente Luxemburg als „Mantra für die zukünftige Taktik der deutschen Sozialdemokratie“ (Christina Morina). Hier bildeten sich die Überzeugungen, die ihre Position in den Massenstreikdebatten der kommenden Jahre bestimmen sollten und die sie in eine grundsätzliche Opposition zu den freien Gewerkschaften und im Lauf der Zeit zunehmend auch zum marxistischen Zentrum brachte.

Über den General- oder Massenstreik, der in der Ersten Internationale vor allem von den Anarchisten propagiert worden war, hatte es bis dahin kaum eine ernsthafte Diskussion gegeben. Als Kampfmittel im äußersten Notfall, wenn etwa das für die Reichstagswahlen geltende allgemeine Wahlrecht in Gefahr, sollte er zur Anwendung kommen. Hinzu kam, dass an dieser Stelle einen Konflikt um den Primat zwischen Partei und Gewerkschaften gab.

Die freien Gewerkschaften beschlossen auf ihrem Kongress im Mai 1905 mit überwältigender Mehrheit (208 gegen sieben Stimmen), die Propagierung des Massenstreiks sei „verwerflich“ und riefen die organisierte Arbeiterschaft dazu auf, dem entschieden entgegenzutreten:

Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für undiskutabel. Er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Auf dem SPD- Parteitag, der vom 17. bis 24. September 1905 in Jena stattfand, erfuhr diese Position entschiedenen Widerspruch. Etliche führende Gewerkschaftsfunktionäre waren auch Parteitagsdelegierte, aber die Grundstimmung war hier eine andere. Ausgangspunkt war ein Antrag „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“, den August Bebel selbst eingebracht hatte. Es ging um die „umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung“, die die Arbeiterklasse als ein besonders wirksames Kampfmittel zur Anwendung bringen sollte, um „jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten“. Konkret benannt wurde „nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit“. Damit wurde deutlich signalisiert, dass die Partei sich nicht grundsätzlich gegen den Massenstreik stellte, dass er aber im Kontext normaler Arbeitskämpfe nicht zur Debatte stand. Dafür war die SPD als Partei ohnehin nicht zuständig, das war Sache der Gewerkschaften.

Ein Massenstreik sollte stattfinden, wenn die Integration der Arbeiterklasse in die Gesellschaft grundsätzlich infrage gestellt war. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht war dafür ein wirkmächtiges Symbol, eine starke politische Waffe in der Hand der Arbeiter, weil sie angesichts ihrer großen Zahl bei Wahlen gegenüber den Besitzenden im Vorteil waren. Nicht von ungefähr war die SPD bereits seit 1887 die nach Stimmen stärkste Partei im Deutschen Reichstag. Mit dieser Argumentation bewegte man sich auf dem Boden existierenden politischen Ordnung und definierte den Massenstreik in erster Linie als Abwehrmittel gegen die Preisgabe des bereits Erreichten. Aus Luxemburgs Sicht war das unbefriedigend, allenfalls ein Kompromiss, dem sie aber zustimmte, weil sie sah, dass mehr nicht zu erreichen war. Bei ihren öffentlichen Auftritten zum Thema versuchte sie, das Beste daraus zu machen. Am 6. Dezember 1905 sprach Luxemburg in Berlin über „Die russische Revolution und der Massenstreik“, wenig später reiste sie dann ins Russische Reich, um den revolutionären Ereignissen so nahe wie möglich sein. Schon bald wurde sie verhaftet, kam nach einigen Monaten auf Kautionsfrei, hielt sich einige Zeit in St. Petersburg und Kuokkala (heute: Repino) auf.

Hier schrieb sie im Auftrag der Sozialdemokratischen Vereine in Hamburg, wo sie im November 1905 mit einem Vortrag zum Massenstreik ihren großen Auftritt gehabt hatte, die Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, die im September 1906, gerade noch rechtzeitig vor dem Mannheimer Parteitag, als Manuskript im Druck erschien. Am 13. September reiste Luxemburg aus Kuokkala ab, erreichte am 17. September Stockholm, fuhr von dort nach Hamburg, wo sie den Druck des Manuskripts überwachte, und erreichte am 21. September – nach neun Monaten Abwesenheit – Berlin. Schon zwei Tage später saß sie wieder im Zug, um rechtzeitig zu Beginn des Parteitags in Mannheim zu sein. Die Hamburger Sozialdemokraten hatten ihre Broschüre rechtzeitig zum Parteitag als Manuskript gedruckt, damit sie an die Delegierten verteilt werden konnte. Doch der Parteivorstand griff mit harter Hand ein, stoppte die Verteilung und ließ den Rest der Auflage einstampfen. Eine Neuauflage, offiziell die erste Auflage, konnte nur mit zahlreichen textlichen Änderungen erscheinen, die die Partei mit Rücksicht auf die Gewerkschaften als notwendig ansah.

Der Parteitagsbeschluss von 1905, der aus der Sicht Luxemburgs ein Kompromiss gewesen war, ging aus der Sicht der Gewerkschaften schon viel zu weit. Sie betrachteten Streiks jedweder Art als Mittel des Arbeitskampfes, für die sie die alleinige Entscheidungsgewalt reklamierten. Die Gewerkschaften hatten gegen den Parteitagsbeschluss massiv protestiert und es hatten Geheimverhandlungen zwischen dem Parteivorstand der SPD und der Generalkommission der Gewerkschaften stattgefunden. August Bebel und Carl Legien brachten auf dem Mannheimer Parteitag einen gemeinsamen Antrag ein, der der Quadratur des Kreises ähnelte. Der erste Satz lautete: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluss zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, dass der Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluss allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.“ In Wirklichkeit standen die beiden Beschlüsse durchaus miteinander im Widerspruch, man könnte etwas zugespitzt sogar sagen, der Kölner besagte genau das Gegenteil des Jenaer Beschlusses.

Der Parteivorstand verpflichtete sich nach dem jetzigen Antrag, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, „sobald (er) die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet“. De facto erhielten die Gewerkschaften durch dieses „Mannheimer Abkommen“ ein Vetorecht. Für die Resolution stimmten am Ende 328 Delegierte, darunter alle bekannten Gewerkschaftsfunktionäre. Mit Nein stimmten insgesamt 62 Delegierte, darunter Kautsky und Luxemburg. Letztere hatte sich in ihrer Rede leidenschaftlich gegen das Referat von Carl Legien gewandt und betont, dass die großartige Russische Revolution der entscheidende Bezugspunkt für alle weiteren Diskussionen über den Massenstreik sein müsse und nicht etwa weiter zurückliegende Vorgänge in England oder Frankreich. Die Revolution war in Russland ausgebrochen, einem Land, in dem es keinerlei Organisation gegeben hatte, und die „gewaltige russische Gewerkschaftsbewegung“ sei gerade ein Kind der Revolution. Am Schluss forderte sie, „die Abmachungen des Vorstandes mit der Generalkommission, die hinter unserm Rücken getroffen sind, abzulehnen und dem Antrag Kautskys zuzustimmen“. Kautsky wollte mit seinem Antrag den Primat der Partei wiederherstellen, aber gegen den Kompromiss, den Bebel und Legien geschmiedet hatten, war seine Initiative chancenlos.

1906 fochten die siamesischen Zwillinge Kautsky und Luxemburg noch Seite an Seite. Vier Jahre später, bei der zweiten Massenstreikdebatte, die durch eine Wahlrechtsbewegung zur Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ausgelöst wurde, waren Kautsky und Luxemburg die Hauptkombattanten, wobei sie ihren Streit in der *Neuen Zeit* ausfochten, deren Seiten Luxemburg in jener Zeit noch offenstanden. Luxemburg engagierte sich auch in der Öffentlichkeit und bestritt zwischen dem 15. März und dem 18. April 1910 nicht weniger als 18 Versammlungen, bei denen sie von den Zuhörern enthusiastisch gefeiert wurde. Die führenden Vertreter des marxistischen Zentrums waren inzwischen auf Distanz gegangen, aber in

der Partei stieß Luxemburg nach wie vor auf große Resonanz. Ihr erster Beitrag in der *Neuen Zeit* wurde in zahlreichen Parteizeitungen nachgedruckt.

Kautsky hatte zunächst versucht, eine öffentliche Debatte zu verhindern: „Die ganze Diskussion wäre ebenso zweckmäßig, als wollte man einen Kriegsrat darüber, ob man dem Gegner eine Schlacht liefern soll, in Hörweite des Feindes abhalten.“ Luxemburg widersprach ihm. Sie erinnerte an ihre Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“. Schon damals hatte sie betont, ein Massenstreik könne nicht das Resultat eines Vorstandsbeschlusses sein, sondern nur aus einer Massenbewegung hervorgehen. Überhaupt, so ihre Überzeugung, war der kriegstechnische Vergleich falsch. Die Partei habe immer in aller Offenheit diskutiert, sie sei eine Massenbewegung und keine geschlossene Gruppe: „Die Kraft und die Schwäche hängen hier von allgemeinen politischen und sozialen Verhältnissen ab, von denen nichts geheim zu halten ist, die durch Geheimhaltung nicht zu vergrößern oder zu verringern sind.“ Der Theoretiker Kautsky tat sich schwer in dieser Diskussion. Luxemburg, die die Revolution mit eigenen Augen gesehen und dabei auch zaristische Gefängnisse kennengelernt hatte, war hier eindeutig im Vorteil. Wohin sie auch kam, die Menschen wollten, dass sie von ihren Erlebnissen erzählte, und warfen dafür notfalls auch die vorgesehene Tagesordnung über den Haufen. Sie argumentierte in der Auseinandersetzung mit Kautsky vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrung und mit Verweis auf die Wirkungsmacht der historischen Ereignisse.

Ihre zweite Entgegnung hatte den bezeichnenden Titel „Die Theorie und die Praxis“:

Ich meine, dass die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Leitung weder im geheimnisvollen Aushecken von ‚großen Plänen‘ noch im ‚Warten‘ auf Elementarereignisse besteht. Massenstreiks können (...) nicht auf Kommando der obersten Instanzen ‚gemacht‘ werden, sie müssen aus der Masse und ihrer fortschreitenden Aktion sich ergeben. Aber diese Aktion politisch im Sinne einer energischen Taktik, einer kräftigen Offensive so vorwärtsführen, dass die Masse sich ihrer Aufgaben immer mehr bewusst wird, das kann die Partei, und das ist auch ihre Pflicht.

Die „innige Waffengemeinschaft mit Rosa Luxemburg“ bestand nach dieser Kontroverse nicht mehr, wie Kautsky mit Bedauern feststellen musste: „Die erste russische Revolution schuf Bedingungen, die schließlich dieser Gemeinschaft ein Ende machen sollten. Das russische Denken wurde nun in ihr zu einer Einseitigkeit gesteigert, die unvereinbar war mit den deutschen Verhältnissen.“ Kautsky wollte die entscheidende Differenz in Luxemburgs polnischer Herkunft sehen. Das war für ihn die bequemere Sicht der Dinge. Richtig war, dass die Russische Revolution den Spaltpilz in die innige Waffengemeinschaft gesetzt hatte. Aber das lag nicht daran, dass Luxemburg aus Kongresspolen stammte. Ihre Mitstreiter Zetkin, Pannekoek, Lensch und Ledebour kamen auch nicht von dort, ebenso wenig andere Vertreter des radikalen linken Flügels, die sich an dieser Kontroverse nicht beteiligten. Der wahre Unterschied bestand darin, dass Luxemburg die Ideen in die Tat umsetzen wollte, die Kautsky am liebsten der theoretischen Erörterung vorbehalten hätte.

Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 brachte Luxemburg einen Antrag ein, der forderte in Ansehung der im preußischen Wahlrechtskampf gemachten Erfahrungen „die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu leiten“. Doch ohne die Unterstützung des marxistischen Zentrums konnte sie sich nicht durchsetzen. Beschlossen wurde stattdessen ein unverbindlicher Antrag des Parteivorstands.

1913 gab es eine dritte Massenstreikdebatte, die sich wiederum am Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht entzündete. Doch auch diesmal gelang es dem Parteivorstand, das Thema einzuhegen und einen nahezu einstimmig angenommenen Antrag durchzusetzen, in dem nichts stand, was nicht schon seit Jahren Beschlusslage war. Luxemburg versuchte, ein Amendement durchzusetzen, dass die Organisation der Massen in Partei und Gewerkschaft

wichtig sei, aber dennoch der Massenstreik „nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden“ könne. Es gehe nicht nur um Organisation, sondern vor allem auch um Mobilisierung:

Als Antwort auf die Übergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewusst in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Für das Amendement stimmten in namentlicher Abstimmung 142, dagegen 333 Delegierte, darunter fast alle Mitglieder des Parteivorstands, allen voran Friedrich Ebert, der mit großer Mehrheit als Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Bebel zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde.

Auf den Parteitag erreichte Luxemburg in den ihr verbleibenden Jahren nichts mehr. Umso mehr stürzte sie sich in die Versammlungstätigkeit. Über einen Abend in Ludwigshof bei Königsberg berichtete sie Kostja Zetkin: „Die gestrige Versammlung hat mich ganz kaputt gemacht, es war ein so wahnsinniger Andrang, dass die Leute, die nicht mehr reinkonnten – und es sollen 3 000 ausgesperrt worden sein –, die ganze Zeit Radau machten, sie wollten mit Gewalt herein. Der Saal war akustisch miserabel, und ich bin ganz heiser. Aber diese Begeisterung der Masse macht doch große Freude.“ Solche Erlebnisse bestärkten Luxemburg zweifellos in ihrer Überzeugung, dass es möglich war, das Proletariat zu mobilisieren und so vorzubereiten auf die kommende sozialistische Revolution, bei der ihm die Rolle des handelnden Subjekts zukommen würde.

Die beiden im Vorstehenden erörterten Schriften „Sozialreform oder Revolution“ (hier besonders der Abschnitt „Die Eroberung der politischen Macht“) und „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ sind wichtige Beiträge zur Luxemburgs Revolutionstheorie. Weiter zu nennen sind in diesem Zusammenhang „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ (1904) und „Die Russische Revolution“ (1917/18). Ein zentrales Element in Luxemburgs Revolutionstheorie ist der Glaube an die Spontaneität der proletarischen Massen und an diese Massen als Agens eines autopoetischen revolutionären Prozesses. Diese Grundidee durchzieht ihr gesamtes publizistisches Werk. Sie vertrat einen gewissermaßen basisdemokratischen Ansatz, der dem leninistischen Konzept der Kaderpartei genau entgegengesetzt war und heute aktueller denn je ist.

Primärliteratur

Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899

Kautsky, Karl, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart 1899

Kautsky, Karl, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, 4. Aufl. Stuttgart 1902

Kautsky, Karl, Die Soziale Revolution, II. Am Tage nach der sozialen Revolution, Berlin 1902

Kautsky, Karl, Die soziale Revolution, I. Sozialreform und soziale Revolution, 2. Aufl. Berlin 1907

Kautsky, Karl, Der Weg zur Macht (1909), Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand, Hrsg. Georg Fülberth, Frankfurt/M. 1972

Kautsky, Karl, Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914

Luxemburg, Rosa, Sozialreform oder Revolution. Erster Teil, Leipziger Volkszeitung vom 21.-28.9.1898

Luxemburg, Rosa, Sozialreform oder Revolution. Zweiter Teil, Leipziger Volkszeitung vom 4.-8.4.1899

Luxemburg, Rosa, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Hamburg 1906

Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek, Hrsg. Antonia Grunenberg, Frankfurt/Main 1970

Vollmar, Georg von, Ueber die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Zwei Reden gehalten am 1. Juni und 6. Juli 1891 im „Eldorado“ zu München, München 1891

Sekundärliteratur

Dath, Dietmar, Rosa Luxemburg, Berlin 2010

Flechtheim, Ossip K., Rosa Luxemburg zur Einführung, Hamburg 1986

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main – Berlin 1973

Haupt, Georges, Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied 1970

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt/Main 1983

Morina, Christina, Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017

Papcke, Sven, Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform, Stuttgart 1979

Piper, Ernst, Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018

Potthoff, Heinrich, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974

Schorske, Carl E., Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie von 1905–1917, Berlin 1981

Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Hrsg. Hans Mommsen, Frankfurt/Main 1974

SPD und Gewerkschaften, Bd. 1: Zur Geschichte eines Bündnisses, Hrsg. Jochem Langkau/Hans Matthöfer/Michael Schneider, Bonn 1994

Steinberg, Hans-Josef, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, 5. Aufl. Berlin 1979